

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt. bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt. für einen Monat 5.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 12693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreis:** Die gewöhnliche Kolonellselle oder deren Raum 1.90 Mt. bei Platzvorschrift 2.30 Mt., Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Offizierskamarilla am Werke.

### Das neue Kabinett.

Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichkanzlers Fehrenbach folgende Minister ernannt: Reichsjustizminister (betraut mit der Vertretung des Reichkanzlers) Dr. Heintze, Reichsminister des Auswärtigen Simons, Reichsminister des Innern Koch, Reichsfinanzminister Wirth, Reichsernährungsminister Hermes, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister Gruner, Reichswehrminister Gehler, Reichswirtschaftsminister Scholz, Reichsstaatsminister v. Kaumer.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden in Wälde abgeschlossen sein. Das Kabinett wird morgen zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Senatorenkonvents am Montag dem Reichstag vorstellen.

### Eine neue Offiziersrevolte.

#### Seeckt erzwingt Gehlers Rücktritt.

Berlin, 26. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In dem gestern gebildeten neuen Kabinett ist bereits eine teilweise neue Kabinettskrise ausgebrochen. Der Reichswehrminister Gehler hat, wenn auch noch nicht formell, dem Reichkanzler Fehrenbach seine Demission angeboten. Unser Berliner Korrespondent erfährt dazu folgendes:

Der Reichswehrminister Gehler hat gestern vormittag bereits beim Reichkanzler Fehrenbach die Mitteilung gemacht, daß er die politische Situation infolge der Note der Entente, die auf die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann besteht, so ernst ansieht, daß er eine weitere Verantwortung für das Reichswehrministerium nicht glaubt übernehmen zu können. Es finden nunmehr Verhandlungen zwischen dem Reichswehrminister Gehler und dem Reichkanzler statt über die Frage, was in der Angelegenheit der Entlassung von Gehler zu geschehen habe. Die politische Seite dieses Schrittes des Reichswehrministers Gehler ist nicht allzu schwer zu erkennen. Er ist bereits so unter den Druck der Generäle geraten, daß der einfache Befehl des Generals Seeckt genügt, um ihn zur Rücktrittsandrohung zu bewegen. Die Militärs scheinen sich nicht zum Zweck der Aufrechterhaltung ihres für die Kontinuität notwendigen 200 000-Mann-Heeres eine neue innen- und außenpolitische Krise heraufzubefördern. Die Rücktrittsandrohung des Reichswehrministers Gehler kann nicht anders aufgefaßt werden, als daß von militärischer Seite versucht wird, eine neue, innerpolitisch völlig unklare Situation zu schaffen, um innerhalb dieser Situation die Forderungen und Absichten der Militärs mit illegalen, diktatorischen Mitteln durchsetzen zu können.

Über die Note erfährt unser Berliner Korrespondent noch, daß die Regierung bisher von einer Veröffentlichung Abstand genommen hat, weil auch die Entente die Note bisher nicht veröffentlicht hat. Der Inhalt der Note soll angeblich ziemlich dunkel sein und mehrfache Deutungen zulassen. Die Regierung glaubt, daß die Auslegung der Note erst in Spa möglich sein wird und versucht offenbar, vor den Verhandlungen in Spa eine endgültige Stellungnahme zu der neuen Ententenote zu vermeiden.

Wer die Offizierspresse, insbesondere das immer noch existierende Militärwochenblatt in den letzten Wochen verfolgt hat, vermochte einen tiefen Einblick in die psychologische Mentalität des alten Offizierskorps zu gewinnen. Die Feldmarschälle und Generale behen seit längerer Zeit mit allen Mitteln gegen die sogenannte Sicherheitswehr, deren Angehörigen sie Hang zur Ruhe und Bescheidenheit vorwerfen, und vertreten die unbedingt aufrechterhaltung einer starken Reichswehr, die schon wegen des jugendlichen Alters ihrer Landsknechte allein als „zuverlässige Kampftroop“ zu gebrauchen sei. Gerade diese Argumente zeigen klar, worauf es diesen Militärs ankommt. Sie wollen eine für den Angriff verwendbare Truppe des Bürgerkriegs, die ein blindes Werkzeug in der Hand der Führer ist, und sie fürchten schon von einem reiferen Alter der Soldaten oder der Tatsache, daß sie etwa verheiratet sind, daß darunter der Putschcharakter unseres Neo-Militarismus leiden könnte.

Gehlers Rücktritt, den Herr von Seeckt erzwingen hat, ist also im Zusammenhang mit den neuen kategorischen Abrüstungs-forderungen der Entente das Eingeständnis des Offizierskorps, daß es auf die Entfesselung eines neuen Bürgerkrieges und die endgültige Niederknüpfung des Proletariats spekuliert. Denn die Entente hat gerade die Abrüstung der Reichswehr auf die 100 000-Ziffer und ihre Abrüstung zugunsten der „friedfertigeren“ Polizei gefordert. „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, wie man immer sagt, müßte die Polizei vollends genügen. Aber darauf kommt es den Offizieren keineswegs an; sie wollen den Bürgerkrieg mit Maschinengewehren, Haubitzen und giftigen Gasen, und dazu brauchen sie eben eine schlagfertige, moderne und große Armee.

Das Offizierskorps, das seine Diktatur wieder rekonstruiert hat, wird keine Regierung auch nur eine Nacht ruhig schlafen lassen, die ihm darin nicht von vornherein willfährig ist. Auch

der noch in die Geburtsange geklemmten Regierung des Herrn Fehrenbach hat man mit Gehlers Rücktritt bereits klargemacht, daß ohne oder gar gegen die Herren des Portepoes in Deutschland nicht regiert werden darf.

### Die Noten über die Entwaffnung.

Berlin, 24. Juni. Von den drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von Seiten der alliierten Regierungen zugegangenen Noten zählt die erste verschiedene Verstöße gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags auf, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden. Es wird dann im einzelnen darauf hingewiesen, die Alliierten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Entwaffnung Deutschlands sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsgüter betreffe, restlos durchgeführt werden müßten. Daher müsse es bei der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf 100 000 Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate aufzulösen. Dafür könne die schon vor dem Kriege bestandene Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um 70 000 Mann gegen ihren Stand von 1918 erhöht werden.

Ferner fordern die Alliierten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags geändert werde, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. Ferner werden in der Note gesetzliche Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangt. Endlich wird auf wirksame Maßnahmen zur Auslösung der Einwohnereinheiten hingewiesen. Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Ersatz der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei.

Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die unvollkommene Ausfuhrung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Anfertigung von Luftfahrmaterial in Deutschland, die an sich am 10. Juli wieder hätte beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

### Der Reichswehrminister droht mit seinem Rücktritt

Berlin, 26. Juni. (L.-U.) Aus dem Reichswehrministerium erfährt das Berliner Tageblatt, daß der Reichswehrminister Dr. Gehler erklärt hat, daß er eine sofortige Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann nicht verantworten könne und zurücktreten werde, falls die Entente auf dieser Forderung bestehen bleibe. Keinesfalls aber scheide er im Zusammenhang mit der Kabinettsbildung aus.

### Keine Revision des Versailler Vertrages?

Brüssel, 25. Juni. Die von Boulogne zurückgekehrten Minister des Auswärtigen und des Innern erklärten sich von den in Boulogne gefassten Beschlüssen befriedigt. Sie fügten hinzu, daß entgegen der Ansicht gewisser Persönlichkeiten in Deutschland von einer Revision des Friedensvertrags auf der Konferenz von Spa nicht die Rede sein könne.

### Die Bewegung gegen den Lohnabzug.

Berlin, 26. Juni. Am Reichstage ist ein internationaler Antrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Sanktionierung des 10prozentigen Lohnabzugs anzuordnen.

Von anderer Seite wird weiter gemeldet: Reichsfinanzminister Dr. Wirth sei grundsätzlich bereit, auf die Forderung einzugehen, so daß das Kabinett sich in einer seiner ersten Sitzungen mit der Angelegenheit zu befassen haben werde. Es sei anzunehmen, daß der Reichstag diese Verordnung sofort außer Kraft setzen werde.

Aus Wien wird berichtet:

Gegen den Steuerabzug vom Arbeitsverdienst durch die Arbeitgeber macht sich eine ungeheure Gegnerschaft unter den Industriearbeitern bemerkbar. In zahlreichen Wiener Betrieben gab der bevorstehende Steuerabzug Veranlassung zu Protestaktionen, die sich vielfach zur Forderung des Generalstreiks verhielten. Die Gewerkschaftsführer warnen vor einem Generalstreik.

### Regierungsfähigkeit der englischen Arbeiterpartei.

London, 24. Juni. (L.-U.) Im Verlaufe einer Rundgebung, die sich an die Parteilagerung angeschlossen, sagte das Parlamentsmitglied Clynnes, es herrsche kein Zweifel darüber, daß die Arbeiterpartei imstande sei, die Regierung zu übernehmen, und daß dies in nicht allzu ferne Zeit der Fall sein werde. Sie werde ebenso regieren wie alle beiden historischen Parteien. Durch ihre auswärtsgerichtete Politik werde die kommunistische (dies: sozialistische) Arbeiterregierung den Krieg unter den zivilisierten Völkern verhindern.

### Die neue Regierung.

Wenn man den Meldungen aus Berlin trauen darf, so ist nun endlich eine Regierung zustande gekommen. Zwar ist das Kabinett noch nicht vollständig, zwei Ressorts sind noch unbesetzt, das Reichsarbeitsministerium und das Aufbauministerium, aber man wolle dem Zustande des Hangens und Bangens in schwebender Pein endlich ein Ende machen. Eines der noch unbesetzten Ministerien soll der Bayerischen Volkspartei gegeben werden, damit sie die Minderheitsregierung unterstützt und ihr dadurch eine etwas breitere Basis verleiht; denn eine Minderheitsregierung ist es, die jetzt ans Ruder kommt. Aber kaum, daß die Liste der alten und neuen Männer veröffentlicht wird, so wird schon mitgeteilt, daß wieder eine der kräftigsten Stützen aus dieser Regierung herauszubrechen droht: der Reichswehrminister Gehler, den seine Untergebenen zur Strecke bringen. Angeblich soll er wegen der Entente-Note über die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann sein Amt aufgeben wollen, in Wirklichkeit sind es die um ihre Futterstellen besorgten Offiziere, die ihm so zusehen, daß er sich entweder gegen die Herabsetzung auflehnt, oder seine Wege geht. Ob er gehen wird, muß abgewartet werden. Die Volkszeitung freilich glaubt mitteilen zu können, daß sein Rücktritt vollzogen sei.

Mehr als 14 Tage hat es gedauert, bis die Regierung endlich zustande kam. Zwar sind schon mehrfach Kabinettslisten veröffentlicht worden, aber sie waren kaum bekannt, als sich herausstellte, daß sie wieder hinfällig waren. Dieses ermüdende und für Deutschland so diskreditierende Regierungsbilden hat nicht etwa seine Ursache darin, daß die zur Regierungsbildung Berufenen nicht gewillt oder fähig gewesen wären, eine solche zustande zu bringen, sondern an den in Deutschland zugehörigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, und wenn jetzt in weiten politischen bürgerlichen Kreisen als feststehend angenommen wird, daß die neue Regierung nur kurze Zeit im Amte sein wird — nur bis nach der Konferenz von Spa —, so drückt sich darin das Ergebnis aus, daß eine einseitige Kapitalistenregierung in Deutschland auf die Dauer keinen Bestand mehr hat.

Wohl mag es im deutschen Bürgerum noch weite Schichten geben, besonders die, die hinter der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen herlaufen, die mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß, wenn erst einmal eine Regierung mit fester Hand das Ruder führt, in Deutschland bald wieder Ruhe und Ordnung herrschen werden; die politisch Eingeweihten des Bürgerturns sind sich aber darüber klar, daß die einseitige Klassenherrschaft der Kapitalisten in Deutschland auf die Dauer unmöglich ist, weshalb sie sich so nachdrücklich für ein Mitregieren der Reichssozialisten einsetzen.

Die größte Sorge der Kapitalistenkreise für Spa sind nicht die Finanzlasten, die Deutschland auferlegt werden, sondern die Zugeständnisse, die sie mit der Abrüstung des Heeres machen müssen. Daß die ausländischen Kapitalistenregierungen auf die Wünsche der deutschen Klassengenossen eingehen werden, zeigt die Note, wonach neben den 100 000 Mann Soldatenheer noch 150 000 Mann Polizeitruppen zustande kommen werden. Vielleicht, daß es bei den Verhandlungen in Spa gelingt, diese Sicherheitsstruppen noch zu erhöhen, wenigstens rechnen bestimmte politische Kreise damit, so wäre dies für die deutschen Kapitalisten als Erfolg zu buchen. Was wäre aber damit gewonnen? Mit Militär und Polizei kann man zwar Arbeiter niederhalten, aber nicht die Wirtschaft wieder aufbauen. Dazu ist vor allen Dingen die Arbeiterschaft notwendig, und über ihre Köpfe hinweg kann man nicht bestimmen, daß sie für die ausländischen und deutschen Kapitalisten die ungeheuerste Sklaverei auf sich nehmen.

Die Deutsche Volkspartei hat den Wahlkampf mit der Parole geführt: Wiederaufbau Deutschlands und eine Regierung aus Fachministern. Ein näheres Programm, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden soll, ist nicht angegeben worden, und jetzt, da sie in der Regierung einen maßgebenden Einfluß hat, darf man auf das Regierungsprogramm gespannt sein. Sowie freilich ist klar, daß diese Partei jeden Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung verhindern und die sogenannte freie Wirtschaft wieder herzustellen trachten wird. Wenn sie dabei ebensowiesig Gesicht an den Tag legt und Erfolg aufzuweisen hat, wie mit ihren fachmännischen Ministern, so wird der Mißerfolg sehr bald zutage treten. Kapitalistische Blätter haben gerade nachgewiesen, daß die Ministerkandidaten der Deutschen Volkspartei erstens keine Fachmänner sind und auch sonst im öffentlichen Leben noch keine Verdienste aufzuweisen haben.

Den Demokraten ist bei ihrer Beteiligung an der Regierung sehr schädel zumute. Sie wissen wohl, daß sie gegenüber der Zeit